

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4162

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4162](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4162)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

## «Für eine Zukunft mit Perspektive»

### Dachverbände werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik

**Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.**

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

### Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1 x NEIN, 3 x JA» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

### Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600'000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4.5 Mio. Beschäftigten sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

### Reform statt Stillstand

*Valentin Vogt*, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, verwies an der Medienkonferenz zur Vorstellung der gemeinsamen Kampagne auf den historischen Erfolg der Allianz bei der letzten AHV-Abstimmung. Ein jahrzehntelanger Stillstand, hervorgerufen durch eine beissenslose «Blockade-Politik der Linken», konnte zugunsten einer austarieren Reform beendet werden. Auch die Massentierhaltungsinitiative wurde gemeinsam erfolgreich bekämpft. Bei der Verrechnungssteuer-Vorlage gelang der angestrebte Erfolg zwar noch nicht, der knappe Ausgang lässt aber für die Zukunft hoffen.



sgv  usam



Schweizer Bauernverband  
Union Suisse des Paysans  
Unione Svizzera dei Contadini



### **Auf Innovationen und neue Technologien setzen**

Schlagworte oder Wunschdenken brächten uns nicht weiter, betonte *Christoph Mäder*, Präsident von economiesuisse. Die Schweiz brauche tragfähige Lösungen und Perspektiven. Es könne nicht sein, dass sich einzelne Parteien von der konstruktiven Problemlösung verabschieden würden. «Wirtschaftlicher Krebsgang ist keine Lösung. Wir müssen vielmehr auf Innovationen, neue Technologien und Investitionen setzen» so Mäder. Die wirtschaftsfreundlichen und konstruktiven Kräfte in der Politik müssten wieder spürbarer werden.

### **Reformfähigkeit steigern**

Der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv, Nationalrat *Fabio Regazzi*, mahnte, dass auch unbequeme Tatsachen angeschaut werden müssten, beispielsweise die abnehmende fiskalische Attraktivität der Schweiz. Hierfür müsse die Reformfähigkeit unseres Landes wieder gestärkt werden. Das Zusammenspannen der Verbände soll «eine gemässigte, bürgerliche, konstruktive reformfreundliche Haltung ins Parlament» bringen, «um Lösungen zu erarbeiten und zu erreichen.» Wir seien doch schliesslich alle «die Wirtschaft».

### **Verlässliche Rahmenbedingungen**

Auch der Präsident des Schweizer Bauernverbands, Nationalrat *Markus Ritter*, zeigte sich besorgt. Er stellte fest, dass das Parlament, insbesondere der Nationalrat, zunehmend «wirtschafts- und landwirtschaftsfeindlicher» politisiere. Damit würde die Schweiz als Ganzes geschwächt. Gefragt seien aber verlässliche Rahmenbedingungen, nicht Aktivismus und Bürokratie. Deshalb sollen die wirtschaftlichen und die landwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie die Betroffenheit der Bevölkerung als Teil der Wirtschaft aufgezeigt werden.

### **Eine Politik mit Perspektive**

Die Verbandskampagne startet mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum Thema «Perspektive Schweiz». Dabei soll der Blick für wirtschaftliche Themen geschärft werden. In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!

Bern, 7. Oktober 2022

[www.perspektiveschweiz.ch](http://www.perspektiveschweiz.ch)



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

## «Wirtschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik»

Valentin Vogt  
Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Es war ein durchaus historisches Ja vor knapp zwei Wochen. Nach einem Vierteljahrhundert Stillstand und einer beispiellosen Blockade-Politik der Linken ist endlich wieder eine AHV-Reform gelungen. Die Abstimmung vom 25. September hat uns gezeigt, dass bürgerliche Lösungen selbst in der Sozialpolitik mehrheitsfähig sind, wenn sie von einer starken Allianz getragen werden.

Am letzten Abstimmungssonntag stand für die Schweiz viel auf dem Spiel: Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern wurde durch die Massentierhaltungsinitiative arg unter Druck gesetzt. Gleichzeitig hatten die Stimmbürger mit der Teilreform der Verrechnungssteuer die Möglichkeit, verloren gegangene Gelder in die Schweiz zurückzuholen.

Die Stimmbevölkerung hat leider die einmalige Chance vertan, mit der Teilabschaffung der Verrechnungssteuer wichtige Wirtschaftsimpulse zu setzen. Das knappe Resultat zeigt aber auch, dass sich unser Engagement gelohnt hat. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind sich bewusst geworden, dass auch sie von dieser Steuerreform profitiert hätten – was uns im Hinblick auf künftige Steuervorlagen positiv stimmen kann.

Ebenfalls erfreulich ist, dass die Stimmbevölkerung mit dem klaren Nein zur Massentierhaltungsinitiative erneut gezeigt hat, dass sie hinter der Schweizer Landwirtschaft steht. Die Initiative hätte die heimische Nahrungsmittelproduktion verteuert und den Landwirtschaftsstandort Schweiz massiv geschwächt.

Mit den Abstimmungsergebnissen vom 25. September konnte dieser Legislatur wenigstens noch teilweise ein positiver Stempel aufgedrückt werden. Wäre die AHV-Reform nicht gelungen, müssten wir schon jetzt von einer verlorenen Legislatur sprechen.

Diese Legislatur ist mittlerweile zu drei Vierteln vorbei und die Bilanz ist ernüchternd: Die Pandemie lähmte den Parlamentsbetrieb und die Regierung. Wichtige Steuerreformen sind gescheitert, bei der Europafrage kommen wir nicht weiter und die Reform der zweiten Säule werden wir wohl in dieser Legislatur nicht mehr unter Dach und Fach bringen.

Doch wo liegt das grundsätzliche Problem? Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 waren die Schlagworte jünger, weiblicher und grüner. In Tat und Wahrheit fand aber ein eigentlicher Linksrutsch statt, mit deutlichen Folgen: Die Verhältnisse im Nationalrat wurden instabil und führen dazu, dass die Beschlüsse aus der grossen Kammer in vielen Fällen unausgewogen sind. Der Ständerat, der deutlich bürgerlicher tickt, muss ständig korrigierend eingreifen.

Laut einer Nachwahlanalyse der SRG haben 2019 nur 5 Prozent der Bürger nach wirtschaftlichen Kriterien abgestimmt. Nur 5 Prozent, meine Damen und Herren! Diese Zahl macht nachdenklich. Es scheint, als ob die Bevölkerung in weiten Teilen vergessen hat, dass nur eine gesunde und prosperierende Wirtschaft unsere Einkommen sichert. Diesen Missstand gilt es auszugleichen. Die Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine prosperierende Wirtschaft ist alles nichts.



sgv  usam



Mit unserer Kampagne, die wir Ihnen heute vorstellen, wollen wir die Wählerinnen und Wähler für die wirtschaftlichen Themen in diesem Land sensibilisieren.

Statt eine breite Debatte darüber zu führen, wie wir unseren Wohlstand auch in Zukunft halten können, streiten gewisse Kreise über «kulturelle Aneignung» und «Gender-Sternchen». Mitten in Zeiten der grössten geopolitischen Verwerfungen seit dem zweiten Weltkrieg. Diese Diskussionen sind absurd und müssen durch wichtigere Themen abgelöst werden.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich wieder bewusstwerden, dass sie mit ihrem Wahlentscheid einen wesentlichen Einfluss darauf haben, die Stabilität unserer Wirtschaft und Landwirtschaft und damit des ganzen Landes in Zukunft sicherzustellen. Dafür steht unsere Kampagne «Perspektive Schweiz», die wir Ihnen heute vorstellen.

Es braucht wieder Perspektiven statt Wunschdenken. Das ist unsere Hauptbotschaft für die nationalen Wahlen 2023.

Die Kampagne behandelt in mehreren Phasen sechs Themenfelder:

- Sicherheit: Die Wirtschaft sorgt für Stabilität und sichert so den Frieden und Wohlstand in unserem Land.
- Soziale Sicherheit: Nur eine gesunde Wirtschaft garantiert die Stabilität unserer Sozialwerke.
- Bildungspolitik: Unsere Betriebe bilden jährlich weit über 200'000 Jugendliche aus.
- Nachhaltigkeit: Die Zusammenarbeit von Forschung und Landwirtschaft sorgt für echten Klimaschutz.
- Versorgungssicherheit: Unsere Landwirtschaft trägt entscheidend dazu bei, dass immer von allem genug verfügbar ist.
- Und zur Versorgungssicherheit gehört selbstverständlich auch die Energie: Mit einer faktenbasierten Energiepolitik sorgen wir dafür, dass die Lichter nicht ausgehen.

Ich darf nun das Wort an Christoph Mäder übergeben, dem Präsidenten von economiesuisse.

Bern, 7. Oktober 2022



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

## «Wohlstand sichern – Wirtschaft als Teil der Lösung»

Christoph Mäder  
Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir stecken mittendrin in einer Inflation, die Lieferengpässe halten an, viele Fachkräfte fehlen uns, die Energie droht uns auszugehen und die Kosten türmen sich auf. Das macht auch den Firmen grosse Sorgen. Für die Wirtschaft und ich glaube mit ihr, für das Gros der Bevölkerung, ist es selbstverständlich, dass wir diese Probleme ernst nehmen und nach wirksamen Lösungen suchen. Niemand braucht jetzt Utopien. Für konstruktive Lösungen sind auch wir als Wirtschaft gefordert.

Unternehmerinnen und Unternehmer sind es sich gewohnt, Probleme zu lösen. Zum Beispiel bei der Energieversorgung: Jedes dritte Unternehmen kämpft derzeit mit Problemen bei der Energiebeschaffung. Sie versuchen, das Worst-Case-Szenario abzuwenden und ergreifen selber Massnahmen – etwa durch eine Steigerung der Energieeffizienz und durch mehr Flexibilität in den Prozessen.

So sind drei von fünf Firmen daran, ihre Abläufe zu optimieren. Rund ein Drittel will investieren – in mehr Effizienz und erneuerbare Energiequellen. Weil aber gerade Investitionen eine langfristige Angelegenheit sind, braucht es hier Klarheit von der Politik.

Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die an guten Lösungen interessiert sind. Und ja, hier sind Fakten wichtig. Sie können nicht bei allen Firmen den Strom für ein paar Stunden abschalten, ohne massive Schäden zu verursachen. Pauschale Kontingente haben nicht für alle Firmen die gleichen Konsequenzen: Bei einigen Firmen funktioniert das problemlos, bei anderen vernichten sie damit eine ganze Produktion und verursachen immense Kosten.

Oder dann ist ein Weiterbetrieb vielleicht gar nicht mehr möglich, weil sie aus Sicherheitsgründen nicht mehr einfach zum courant normal zurückgehen können. Hier geht es nicht um eine Vorzugsbehandlung, wie einzelne Medien suggerierten. Hier geht es darum, Mehrkosten in Millionenhöhe zu vermeiden.

Eine ausreichende Energieversorgung ist auch für die Informatikbranche absolut vital. Da muss die Politik vorausdenken, damit unsere IT-Unternehmen handlungsfähig bleiben. Investitionsentscheide von Unternehmen fallen häufig etwa 24 Monate im Voraus. Deshalb ist es so wichtig, dass wir immer wieder rasch und pragmatisch gute Lösungen finden. Eine solche gute Lösung ist zum Beispiel das alpine Solarprojekt für das Winterstromproblem. Wir finden aber keine Lösung, ohne die Fakten zu kennen.

Auch die Wählerinnen und Wähler sollen bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 einen Entscheid in Kenntnis der Faktenlage treffen können. Das heisst besonders auch der wirtschaftlichen Fakten. Diese Fakten wollen wir mit der vorliegenden Kampagne bereitstellen.

Schlagworte oder Wunschdenken bringen uns nicht weiter. Die Schweiz braucht tragfähige Lösungen und Perspektiven. Das ist auch der Grund, warum sich die vier Dachverbände der Wirtschaft zusammengefunden haben. Es kann nicht sein, dass sich einzelne Parteien von



sgv  usam



der konstruktiven Problemlösung verabschieden und nur noch eine hinderliche Blockadepolitik betreiben. Wirtschaftlicher Krebsgang ist keine Lösung. Wir müssen vielmehr auf Innovationen, neue Technologien und Investitionen setzen. Bei diesen Themen hat die Wirtschaft immer eine entscheidende Rolle gespielt.

Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir wirtschaftspolitischen Anliegen eine Stimme geben. Genau das wollen wir mit dieser Kampagne erreichen und damit die Wahrnehmung und das Verständnis für Wirtschaftsthemen stärken. Das soll auch helfen, wieder klare Prioritäten zu setzen. Die Wirtschaft soll Teil der Lösung sein.

Selbst bei gutem Verlauf stehen wir mit dem aktuellen Forderungskatalog der Politik vor einem Defizit. Der Staat kann sich nicht alles leisten. Es verwundert nicht, dass im Vorfeld der Wahlen die Begehrlichkeiten und Wunschlisten zunehmen. Gerade dann gilt es aber, Mass zu halten und mit kühlem Kopf zu handeln.

Wenn wir allen Forderungen nachgeben und jedes Begehren erfüllen, laufen wir sehenden Auges in ein finanzielles Desaster. Dann werden den kommenden Generationen massive Schulden aufgebürdet. Das wird kein gutes Ende nehmen.

Damit es nicht so weit kommt, müssen die wirtschaftsfreundlichen und konstruktiven Kräfte in der Politik wieder spürbarer werden. Ihre Botschaften müssen wieder stärker in die öffentlichen Debatten einfließen. Die Wirtschaft und ihre berechtigten Anliegen wieder besser wahrgenommen werden: Das wollen wir mit dieser Kampagne erreichen.

Bern, 7. Oktober 2022





sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

## «Wir alle sind die Wirtschaft»

Fabio Regazzi, Nationalrat «Die Mitte»  
Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Sehr geehrte Medienschaffende

Der Schweizerische Gewerbeverband ist seit seinen Ursprüngen eine starke Stimme in der Bundespolitik. Wir verfügen über ein grosses Netz an Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Bundesbern. Dieses Netz bauen wir ständig aus und pflegen es dementsprechend.

Der sgv hat als Dachverband mit 230 Mitgliedorganisationen eine starke Direktvertretung in Bundesbern und kann so seine Anliegen wirkungsvoll durchsetzen. Wir stehen und kämpfen für eine Unternehmens- und damit auch KMU-freundliche Politik. Es gibt jedoch ein grosses «Aber». Allein können wir etwas bewirken, zusammen, mit den anderen Dach- und Wirtschaftsverbänden können wir aber einiges mehr verändern.

Es gibt nämlich viele Gemeinsamkeiten, die uns verbinden. Es sind konkrete Themen oder Themenbereiche, die wir in der wirtschaftspolitischen Agenda festgehalten haben, aber auch Ansätze, wie das Verständnis von Staat und Gesellschaft. Wir sind gemeinsam überzeugt, dass einige Sachen besser in der Verantwortung des Staates sind, während aber andere ohne Staat auskommen sollten, das heisst von Privaten in privater Initiative. In der Ordnungspolitik steht im konkreten Fall immer die Eigenverantwortung der Menschen vor dem staatlichen Handeln. Dieses ordnungspolitische Konzept ist in der Schweizer Politik zunehmend durch die politische Agenda von Links-Grün gefährdet. Sie wollen immer mehr Staat und Regulierung und dies zu Lasten der Eigenverantwortung.

Wir vier Dachverbände haben uns zusammengeschlossen, um hier entgegenzuhalten. Wir wollen das Unternehmertum in der Bundespolitik wieder stärken. Die Stimme der Wirtschaft muss wieder mehr Gewicht bekommen im politischen Diskurs.

Meine Damen und Herren: Wir alle sind Wirtschaft, wir alle verdienen unseren Lebensunterhalt, konsumieren und bezahlen Steuern, damit unser Sozialstaat finanziert werden kann. Das ist Wohlstand und den erreichen wir nur mit einer gesunden Wirtschaft. Wenn wir als bürgerliche Kräfte zusammenstehen, können wir die Dogmatik und Deutungshoheit der Links-Grünen sogar in ihren «Strong Holds» brechen. Das haben wir mit dem Abstimmungssieg zur AHV21, wie auch mit der Absage an die Massentierhaltungsinitiative, bewiesen.

Dringender Reformbedarf besteht als nächstes – und das ist auch von Links nicht umstritten – bei der 2. Säule der Altersvorsorge. Wir rufen das Parlament auf, die Reform so rasch als möglich auszuarbeiten. Anstatt das Wirrwarr an Initiativen, die im Raum stehen, muss eine mehrheitsfähige Vorlage erarbeitet werden, welche auf massvollen Korrekturen aufbaut und den Werkplatz Schweiz nicht weiter belastet.

Wir dürfen auch unbequeme Tatsachen nicht aus den Augen verlieren. Die fiskalische Attraktivität der Schweiz nimmt bereits seit einigen Jahren ab. Die Staatsquote – Steuern und Zwangsabgaben zusammengezählt – ist in der Schweiz eine der höchsten europaweit. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Die Staatsverschuldung bleibt hoch. Im Nachgang zu den wirtschaftspolitischen Abfederungsmassnahmen zur «Corona-Krise» ist die





sgv  usam



Verschuldung des Staates und einiger Sozialwerke explodiert. In den nächsten Jahren gilt es, diese Verschuldung wieder zu reduzieren.

Grundsätzlich sollten wir unsere Reformfähigkeit wieder stärken. Der Wille, Probleme konkret und pragmatisch anzugehen muss die Überhand über die Ideologie wieder gewinnen. 25 Jahren Reformstau in einem Sozialwerk wie der AHV sind im Interesse von niemanden. Die Strukturreformen, die eigentlich das Wirtschaftswachstum ankurbeln sollten, blieben in den letzten Jahren aus. Unser Zusammenspannen hat zum Ziel, eine gemässigte, bürgerliche, konstruktive reformfreundliche Haltung ins Parlament zu bringen, um Lösungen zu erarbeiten und zu erreichen.

Es ist an der Zeit, wirtschaftlich und unternehmerisch zu denken. Wenn der Motor unseres Wohlstands, die Wirtschaft ausfällt, leidet die ganze Gesellschaft.

Wir alle sind Wirtschaft und diese Botschaft muss in der Bevölkerung, insbesondere auch im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr, gehört werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bern, 7. Oktober 2022



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

## «Verlässliche Rahmenbedingungen und Eigenverantwortung statt Aktivismus und Bürokratie»

Markus Ritter, Nationalrat «Die Mitte»  
Präsident Schweizer Bauernverband

Zugegeben, in der Vergangenheit herrschte zwischen der Landwirtschaft und der Wirtschaft nicht immer «eitel Sonnenschein». Beispielsweise führten Grenzöffnungsfragen oder als Konkurrenz empfundene Nebentätigkeiten von Landwirten zu Diskussionen.

In den letzten zwei Jahren reifte aber gegenseitig die Erkenntnis, dass wir viel mehr Gemeinsames als Trennendes haben und gut beraten sind, enger zusammen zu arbeiten. Insbesondere in politischen Belangen. Hier leiden wir nämlich alle am Gleichen: Eine ständig zunehmende Regulierung, ausufernde Auflagen, ein unzumutbarer administrativer Aufwand und hohe Kosten. Diese schränken unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland und Importen aber auch bei Exporten ein.

Besonders davon betroffen ist auch die Landwirtschaft. Bundesrat und Parlament haben mit unzähligen Detailbestimmungen die Landwirtschaft durchreguliert. Mit den Verordnungsbestimmungen macht der Bundesrat auf Stufe Betrieb Mikromanagement, er schreibt vor, dass Asthaufen 50 cm hoch sein müssen, damit diese als Biodiversitätselement angerechnet werden dürfen. Oder abgestorbene Bäume sind nur beitragsberechtigt, sofern sie einen Brusthöhendurchmesser von mindestens 20 cm aufweisen.

Auf über 4'000 Seiten wird die Landwirtschaft durchreguliert und Unternehmertum, Eigenverantwortung und gesunder Menschenverstand beseitigt. Aktuell wollen Bundesrat und Nationalrat die Biodiversitätsflächen massiv ausdehnen. So sollen Kerngebiete im Umfang von 17 Prozent der Landesfläche ausgeschieden werden und ein Flächenziel von gesamthaft 30 Prozent wurde durch den Bundesrat bereits beschlossen. D.h. der Bund will über behördenverbindliche Richtpläne 30 Prozent oder 1.2 Millionen Hektaren Fläche unseres Landes für die Biodiversität ausscheiden. Die Folge: Landwirtschaft, Tourismus und Energieproduktion würden in ihren Entwicklungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt und die ländlichen Räume damit gelähmt.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Parlamentarischen Initiative «Absenkpfade» sollen zusätzlich 3.5 Prozent der Ackerfläche als Biodiversitätsfläche ausgeschieden werden. Dieser Pflichtanteil hat zur Folge, dass der landwirtschaftlichen Produktion schweizweit über 10'000 Hektaren bestes Ackerland entzogen werden. Auf dieser Fläche kann Getreide für Brot für eine Millionen Menschen für ein ganzes Jahr produziert werden. Solche Entscheide sind in einer Zeit der Unsicherheit und erhöhter geopolitischer Instabilität unverständlich. Die lange Zeit als gegeben betrachtete Versorgungssicherheit ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr.

Diese Entwicklungen sind das Resultat von Entscheiden eines Parlaments und insbesondere eines Nationalrates, der zunehmend und vor allem in der laufenden Legislaturperiode immer wirtschafts- und landwirtschaftsfeindlicher politisiert. Damit wird die Schweiz als Ganzes geschwächt. Die Zusammenhänge und die Betroffenheit der Bevölkerung sollen in den kommenden Monaten mit dieser Kampagne aufgezeigt werden.



sgv  usam



Neu und auf den ersten Blick nicht selbstverständlich, mag erscheinen, dass der Schweizer Bauernverband dabei ist. Dies ist aber keineswegs abwegig, denn wir Bäuerinnen und Bauern sehen uns als Teil der Wirtschaft und einer wichtigen Wertschöpfungskette, als selbständige Unternehmerinnen und Unternehmer. Um als solche handeln zu können, braucht es Entscheide des Parlaments, die uns Freiheiten, Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsspielraum verschaffen und nicht solche, die uns immer mehr einschränken. Dazu wiederum braucht es ein Parlament, in dem wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Politikerinnen und Politiker in der Mehrheit sind. Mit der gemeinsamen Kampagne möchten wir eine Grundlage schaffen, um die Wahlchancen entsprechender Kandidatinnen und Kandidaten zu verbessern.

Wir konnten bezüglich einer Zusammenarbeit schon wertvolle Erfahrungen sammeln. Parallel zu den Kampagnen für die einzelnen Vorlagen haben wir unter dem Titel «1 x NEIN, 3 x JA» im Hinblick auf die Abstimmungen vom 25. September einige gemeinsame Massnahmen umgesetzt. Über diese Zusammenarbeit ziehen wir eine positive Bilanz. Bei drei Vorlagen hatten wir Erfolg und auch bei der Verrechnungssteuer wurde mit 48 Prozent Zustimmung ein deutlich besseres Resultat erzielt als bei früheren Steuervorlagen. Diese positiven Erfahrungen bestärken uns darin, die Zusammenarbeit weiterzuführen und zu vertiefen.

Noch ein Wort zu den Botschaften, die in der Supporter-Kampagne «Perspektive Schweiz» eingesetzt werden. Für uns alle wichtig ist, dass wir Sicherheit und Stabilität anstreben. Für die Landwirtschaft kommt natürlich – auch mit einem Blick auf das aktuelle Weltgeschehen – der Botschaft zur Ernährungssicherheit «Weil die Schweizer Bäuerinnen und Bauern dafür sorgen, dass von allem immer genug da ist» eine besondere Bedeutung zu. Sie zielt darauf ab, den Leuten vor Augen zu führen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, immer genug zu essen zu haben und die Bäuerinnen und Bauern sich tagtäglich dafür einsetzen, der Bevölkerung nachhaltig produzierte Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Die Botschaft «Weil nur die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Forschung echte Nachhaltigkeit produziert» verdeutlicht zudem, dass die Landwirtschaft offen ist für Neues und bereit ist, sich weiterzuentwickeln und ihr Nachhaltigkeit sehr wichtig ist. Die Schweizer Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Die Bauernbetriebe sind Unternehmen, die mit hoher Eigenverantwortung hochqualitative Nahrungsmittel produzieren und achtsam mit der Natur umgehen.

Als Präsident des Bauernverbandes freue ich mich auf die Zusammenarbeit und bin überzeugt, dass dies ein sehr spannendes Projekt werden wird.

Bern, 7. Oktober 2022



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

## Schlusswort

Valentin Vogt  
Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Geschätzte Damen und Herren

Wir lancieren heute unsere Kampagne für die nationalen Wahlen 2023. Das ist erst der Startschuss. In den Wochenendzeitungen und online schalten wir nun Inserate mit der Botschaft unserer Allianz, «Perspektive Schweiz». Dazu kommen ab nächster Woche Plakate in allen Regionen.

In Anbetracht all der Krisen, mit denen sich die Schweiz konfrontiert sieht, ist der aktuelle Reform- und Handlungsstau im Bundeshaus gefährlich und bedroht den Wohlstand unseres Landes. Die Allianz der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft zusammen mit dem Bauernverband will diesem Stillstand entschieden entgegentreten. Wir sind überzeugt, dass das Ergebnis der Eidgenössischen Wahlen von 2019 korrigiert werden kann. Es ist Zeit für pragmatische Lösungen zur Überwindung der Blockade-Politik. Die Sicherung des Wohlstands und das Wohl der Gesamtgesellschaft müssen wieder im Vordergrund stehen.

Wir wollen den Wählerinnen und Wählern klarmachen: Für viele der wichtigsten Probleme in diesem Land hat Links-Grün keine tauglichen Rezepte.

Es sind die links-grünen Kreise, die gerne von Nachhaltigkeit sprechen und diesen Begriff inflationär verwenden. Dabei wird dieser grossmehrheitlich im ökologischen Kontext verwendet. Dass ökologische Nachhaltigkeit wichtig ist, wird von unserer Seite keineswegs bestritten. Kohärente Nachhaltigkeit bedeutet aber, dass der Begriff auch auf die finanzielle Dimension ausgeweitet wird. Genau diese Dimensionen der Nachhaltigkeit ist es, die bei vielen Ideen von Links-Grün zu wünschen übriglässt, womit ich als Beispiel wieder auf die Sozialpolitik zurückkomme. Wir werden nicht umhinkommen, mittelfristig über eine Erhöhung des Rentenalters zu sprechen – nicht nur, um die finanzielle Lage zu stabilisieren, sondern auch, um genügend Fachkräfte im Arbeitsmarkt halten zu können. Wir schulden es den jungen Generationen, dass ihnen das System, in welches sie einzahlen, im Alter eine sichere Rente garantieren kann. Für eine finanziell und gesellschaftlich nachhaltige Sozialpolitik ist es daher unabdingbar, die Altersvorsorge auch künftig den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Fakt ist: Die Bürgerinnen und Bürger wollen Stabilität und Sicherheit. Unsere Wirtschaft und Landwirtschaft garantieren eine ausreichende Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen. Es sind auch die Wirtschaft und die Landwirtschaft, die mit Innovationen das Klima besser schützen können. Und sie sind es, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, die letztlich auch unsere Sozialwerke sichern.

Für die Wahlen 2023 müssen wir den Wählern wieder ins Bewusstsein rufen: Nur eine gesunde, prosperierende Wirtschaft sichert den Wohlstand in unserem Land oder anders gesagt: Es braucht Perspektiven und kein Wunschdenken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bern, 7. Oktober 2022